

NEWSLETTER “SWISS-BALTIC CHAMBER OF COMMERCE SBCC”

Vertreter von OSEC und SEC
Mitglied der Dachorganisation SwissCham
Herausgabe alle 14 Tage seit 1998
www.swissbalticchamber.com, e-mail: swisschamber@sbcc.ee
Kiriku 2, EE-10130 Tallinn, Estland
Tel.: +372 645 09 16, Fax: +372 631 15 77
8 Seiten Datum: 13.06.2008

Die Gebert Rűf Stiftung zog Bilanz

über den Wissenschaftlichen Austausch mit den drei baltischen Ländern



Im Rahmen des Osteuropatags der Universität Fribourg vom 30. Mai 2008 zog die GEBERT RűF STIFTUNG Bilanz zu ihrem Förderprogramm Swiss Baltic Net. <http://www.swissbaltic.net/> sowie <http://www.ifr.ch/iicee/de/events/eoc2008> Während knapp einem Jahrzehnt hat die Stiftung Hunderten von Nachwuchsforschenden es ermöglicht, an Austausch- und Weiterbildungsprojekten zwischen der Schweiz und dem Baltikum teilzunehmen. Die eigens zu diesem Anlass nach Fribourg angereiste lettische Bildungsministerin Tatjana Koke - links im Bild im Gespräch dem Rektor der Uni Fribourg, dem Theologen Prof. Guido Vergauwen - sprach über die Europäisierung des lettischen Bildungswesens und würdigte in ihrer Ansprache das grosse Engagement der Gebert Rűf Stiftung. Bereits vor Jahren lernte sie Dr. Vergauwen kennen, als sie noch nicht Ministerin war. 1992 beherbergte ihre Familie ein Schweizer Mädchen, welches der Familie die Schweiz näher brachte, sagte die Ministerin: „Wir standen damals gerade an der Schwelle der lettischen Unabhängigkeit“.



Schweiz näher brachte, sagte die Ministerin: „Wir standen damals gerade an der Schwelle der lettischen Unabhängigkeit“.



Die Schweizer Botschafterin in Riga, Anne Bauty, (Foto links) diplomatisch zuständig für Lettland und Litauen, beschrieb in ihrer Ansprache im Auditorium der Universität Fribourg umfassend die zahlreichen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und den baltischen Staaten. Für Erheiterung sorgte schliesslich ihr Hinweis, dass die Bären im Berner Bärengraben im Jahre 1853

aus Estland nach Bern gebracht wurden, da man anlässlich der 500 Jahrfeierlichkeiten des Beitritts Berns zur Eidgenossenschaft, im Bärengraben über keinen Bären verfügte, so dass noch heute vermutlich deren Nachkommen das Publikum in der Bundeshauptstadt erfreuen. Einer von ihnen musste dieser Tage soeben wegen Knochenerkrankung allerdings altershalber eingeschläfert werden.

In Estlands Wäldern leben noch heute über 700 Braunbären. Eine Nachlieferung wäre sicherlich möglich.



Der amtierende Präsident der Gebert RUF Stiftung, Prof. Dr. Rudolf Marty, seit dem 1. Januar 2005 Präsident des Stiftungsrats der Gebert RUF Stiftung, IT- Spezialist an der Universität Zürich, sowie der Rektor der Universität Fribourg als Gastgeber, sorgten während des feierlichen Anlasses für den entsprechenden Rahmen mit ihren den aktuellen Themen entsprechenden Wertschätzungen des zu Ende gehenden Förderprogramms der Stiftung. Der Unternehmer Theodor Fässler, (Foto links) Gründerpräsident der Stiftung, begleitete das Geschehen mit Interesse und gab zuweilen Anekdoten der Gründerphase zum Besten. Er selber hatte sich 2004 als Präsident abgesetzt, in dem er bei der Gründung der Stiftung bereits dafür gesorgt hatte, dass ab einem gewissen Alter ein neuer Präsident gewählt werden muss.



In zahlreichen Ansprachen hochrangiger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Die Damen schienen zu dominieren), wie zum Beispiel Zaneta Ozolina (Links) von der Universität Riga, sowie estnischer und litauischer Kolleginnen und Kollegen, berichteten die Exponenten dieser Hochschulen über das dankenswerte Wirken der Gebert RUF Stiftung und gingen dabei auf die derzeitige politische und wirtschaftliche Lage in ihren Ländern ein. Schliesslich zogen sich die Teilnehmer zu verschiedenen Workshops zurück, um sich näher mit der Lage in den drei baltischen Staaten vertraut zu machen. Dabei wurde deutlich, dass namentlich Lettland unter einer extrem hohen Inflation leidet und, dass die hohen Energiepreise auch in den Volkswirtschaften der drei baltischen Staaten ihre Spuren hinterlassen.



Moderiert wurde die Veranstaltung von Prof. Dr. Nicolas Hayoz, (Foto links) Assoziierter Professor am Departement für Gesellschaftswissenschaften der Uni Fribourg und Direktor des „Interfaculty Institute for Central and Eastern Europe“: Er sorgte mit seinen humorvollen Zwischenbemerkungen für entsprechend gute Stimmung.

Heute sind die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen Mitglieder der EU und integrieren sich zunehmend in die europäische Bildungs- und Forschungslandschaft. Das war Ende der Neunzigerjahre noch nicht so. Deshalb hatte die GEBERT RUF STIFTUNG ihr Förderprogramm Swiss Baltic Net im Jahr 2000 lanciert. Das Ziel war, an den Hochschulen in den baltischen Staaten junge Forschende zu fördern und den wissenschaftlichen Austausch sowie die Forschungszusammenarbeit zwischen der Schweiz und dem Baltikum zu stärken. Die Nachwuchsförderung der GEBERT RUF STIFTUNG wurde inzwischen von verschiedenen staatlichen Stellen übernommen: sei es durch die Regierungen der baltischen Länder selbst, sei es durch die Forschungsförderung der EU oder sei es durch Stipendien der Schweiz im Rahmen der Erweiterungsbeiträge der Schweiz an die neuen Mitgliedstaaten. (Kohäsionsmilliarde). Für die Stiftung kam damit der Zeitpunkt, das Projekt abzuschliessen;

denn der Stiftungszweck sieht eine Anschubfinanzierung für innovative Projekte vor, jedoch keine dauerhafte Trägerschaft von Programmen.

Das Förderprogramm **Swiss Baltic Net** stellte in einer Laufzeit von rund neun Jahren insgesamt acht Millionen Schweizer Franken für den wissenschaftlichen Austausch zur Verfügung. Die Personenförderung stand dabei im Vordergrund: Zahlreiche baltische Studierende, Assistenten, Doktoranden und Professoren konnten zu kürzeren und längeren Forschungsaufenthalten, zur Weiterbildung oder zum Expertenaustausch an Schweizer Hochschulen teilnehmen. Diejenigen Absolventen, die in ihre Länder zurückgekehrt sind, beteiligen sich heute am weiteren Aufbau ihrer Heimatländer im Baltikum. Einige blieben im Ausland und machen dort Karriere. Zudem wurden gemeinsame Projekte von schweizerischen und baltischen Hochschulen gefördert und an insgesamt 19 Institutionen so genannte Schweizer Lesesäle und Lesezimmer unterstützt, die regelmässig mit Schweizer Literatur, Zeitungen und Zeitschriften versorgt wurden.



Das Swiss Baltic Net wird Ende 2008 abgeschlossen. Die offizielle Abschlussveranstaltung des Programms fand nun also am 30. Mai 2008 im Rahmen des Osteuropatages an der Universität Fribourg statt. Zum neunten Mal wurde der mit 5'000 Schweizer Franken dotierte „Swiss Baltic Net Prize“ verliehen. Glückliche Preisträgerin ist Dr. Aina Budvytyte-Gudiene von der Universität Siaulai/Litauen, (Im Bild in der Mitte zwischen Franziska

Breuning und Stiftungsratsdirektor Rudolf Marty), die damit für ihr Engagement im wissenschaftlichen Austausch der Universität mit der Schweiz geehrt wurde.

Federführend bei den Aktivitäten der GEBERT RÜF STIFTUNG während der letzten Jahre war **Dr. Franziska Breuning**, (Foto: Erste von Links, neben der Preisträgerin und dem Stiftungsratspräsidenten Prof. Dr. Marty) welche mit ihrem unermüdlichen Einsatz für das Gelingen der Projekte der Stiftung sorgte. Ihr zur Seite standen neben



drei Ortskräften in den baltischen Hauptstädten, der mehr aus dem Hintergrund wirkende Geschäftsführer der Stiftung, Dr. Philipp Egger. (links) Franziska Breuning hatte den Job bei Gebert Rütüf übernommen, nachdem der für die Pionierphase des Projektes freigestellte Botschaftsrat Max Schweizer (damals Schweizer Botschaft Helsinki) während der Startphase die Arbeit für das Projekt leistete. Eine Arbeit, die er schliesslich an Franziska Breuning übergab, eine Arbeit, welche sie nun erfolgreich zu Ende führen kann.

Inzwischen ist Franziska Breuning glückliche Mutter zweier Kinder und freut sich darauf, diesen in der Zukunft als Mutter zeitlich mehr gerecht werden zu können. Die SBCC wünscht der GEBERT RÜF STIFTUNG und Franziska Breuning bei Ihrem jeweiligen weiteren Wirken viel Erfolg. Mit einem fulminanten Buffet, bei musikalischer Liveuntermalung sowie an die Wand geworfenen Filmimpressionen, ging der fröhliche Ausklang des Anlasses schliesslich zu Ende.

(Fotos Service de Presse Uni Fribourg und Wü. Presse: Anna Lehmann, PR-Red. Bonhage Gagnebin & Partner 3011 Bern)

WIRTSCHAFT

Estlands Wirtschaftsminister traf den russischen Transportminister



Der estnische Wirtschafts- und Kommunikationsminister Juhan Parts traf am Montag in St.Petersburg den russischen Transportminister Igor Levitin. Zur Sprache kamen Themen der Intensivierung der Zusammenarbeit in den Bereichen Transportinfrastruktur. Beide Politiker waren der Ansicht, dass die Arbeit des 2006 ins Leben gerufenen zwischenstaatlichen Transportausschusses einen neuen Impuls braucht. Eines der Ziele des Ausschusses war, die Lösung der Frage über die Erhöhung der Kapazität der Abfertigungsleistung des

Grenzpunktes in Narva und die Vorbereitung der Errichtung einer neuen Brücke an der Grenze zu Russland. Die Arbeit des Ausschusses geriet in eine Sackgasse, als die Beziehungen zwischen Russland und Estland im April letzten Jahres den Höhepunkt der Spannungen erlebten. Levitin präsentierte Minister Parts die Pläne Russlands in der Entwicklung der Infrastruktur. Zu den in absehbarer Zukunft bevorstehenden Projekten gehört auch die Renovierung der Landstrasse zwischen Ivangorod (Grenzstadt Narva auf der russischen Seite) und St. Petersburg. Ebenfalls zur Sprache kam die Frage der Wiedereinführung der Flugverbindung zwischen St. Petersburg und Tallinn. Laut Juhan Parts sollte sich Estland stärker für die wirtschaftliche Entwicklung seines Nachbarlandes interessieren. Die estnische Wirtschaft sei zwar hauptsächlich auf den Westen orientiert, Russland werde aber auch künftig ein wichtiger Partner für Estland bleiben. „Wir müssen über die Entwicklungen der russischen Wirtschaft informiert sein und wissen, in welche Richtung sie geht. Wir müssen die russische Wirtschaft besser kennen“, sagte Parts. Dies ist für die weitere Wirtschaftsentwicklung Estlands künftig von grosser Bedeutung, ist doch der Einbruch nach Jahren des Booms nicht zu übersehen. Verschiedene Faktoren kamen zusammen: Handelsbilanzdefizit, Energiepreise sowie eine schmerzhaft Reduktion des Warentransits aus Russland, wie z.B. der Öltransit, was die negative Handelsbilanz nicht unwesentlich beförderte.

Aktuelle Statistik

Laut den neusten Angaben aus dem estnischen Finanzministerium erreichte die Inflation im ersten Quartal 2008 den Höchststand der letzten zehn Jahre mit 11,3%. Die wichtigsten treibenden Kräfte der Inflation waren auswärtige Faktoren, wie etwa die gestiegenen Preise für Kraftstoffe und Lebensmittel.

Im 1.Quartal erlebte die estnische Wirtschaft neben der schnellsten Inflation das langsamste Wirtschaftswachstum. Laut vorläufigen Angaben stieg das BIP Estlands im ersten Quartal 2008 nur um 0,1%. Dabei handelt es sich um das kleinste Wirtschaftswachstum in ganz Europa. Den starken Rückgang beeinflussten am meisten eine geringere Binnennachfrage und der Rückgang des Exports. Daher sind hierzulande aktive Exportförderungs-Schulungsprogramme angesagt.

Estland braucht Gastarbeiter



Auf einer am letzten Wochenende in Jõhvi stattgefundenen Fachkonferenz "Arbeitsmigration und interkulturelle Kommunikation“, sagte die estnische Bevölkerungsministerin Urve Palo; „Ähnlich zu anderen europäischen Staaten ist auch Estland eine alternde Gesellschaft und kann in der Zukunft nicht ohne Gastarbeiter zurecht kommen. Im vergangenen Jahr lebten in Estland 105 000 Menschen im Alter zwischen 20-24 Jahren (Einstieg auf den Arbeitsmarkt). In zehn Jahren wird diese Zahl um die Hälfte geringen sein“. Laut Palo sei die estnische Gesellschaft heute nicht bereit, Gastarbeiter zu empfangen.

"Einschlägige Studien zeugen davon, dass sich die Esten und Vertreter anderer ethnischen Gruppen in dieser Frage einig sind. Sollte man sie fragen, ob Estland seine Pforten den Menschen aus Drittländern öffnen sollte, lautet die Antwort klar „Nein“. Palo ist der Meinung, dass viele sich davor fürchten, dass qualifizierte Fremde Einheimischen die Jobs wegnehmen. "Wir müssen damit rechnen, dass unsere Gesellschaft schon heute einen 33% Anteil von Vertretern anderer Kulturen aufweist," sagte die junge Ministerin.

Schwedische Sorgen um die Gesundheit der baltischen Wirtschaft



*Das neue Hauptgebäude
der Hansabank Lettland*

Die aktive Kreditvergabe der skandinavischen Kommerzbanken in der baltischen Region und die fallenden Immobilienpreise haben ihre "Verwundbarkeit" und ihr Risiko erheblich erhöht, warnte die Schwedische Nationalbank (Riksbank). "Obwohl es den schwedischen Banken bisher gelungen ist, den Stürmen auf dem Finanzmarkt zu trotzen, ist ihre Verwundbarkeit zu anderen Risiken gestiegen", sagte Bankpräsident Stefan Ingves. "Die Kreditvergabe an Firmen und Privatpersonen in den baltischen Ländern bereitet immer noch Sorgen. Das Wachstum im Baltikum ist langsamer als erwartet," kommentierte Ingves. Die grösste Bank in der baltischen Region, die Swedbank, erwirtschaftet immerhin ein Drittel ihres Gewinnes in Estland, Lettland und Litauen. Die zweitgrösste baltische Bank, die SEB, generiert 20% ihres Gewinnes im Baltikum.

"Die Wachstumsraten fallen, was auch zu erwarten war. Trotzdem sind die Prozesse schneller, als wir gedacht haben, vor allem in Estland," sagte der Vizepräsident der Riksbank Lars Nyberg. "Gleichzeitig zeigt die Inflation eine steigende Tendenz, insbesondere in Lettland. Das sind deutliche Warnsignale. Die fallenden Immobilienpreise auf dem schwedischen Markt stellen ebenfalls eine Gefahr für die Banken dar. Die Möglichkeit, dass sich die Situation noch weiter verschlechtert, kann nicht ausgeschlossen werden", sagte Ingves.

Die grössten skandinavischen Finanzgruppen Swedbank, SEB, Danske Bank, Nordea und DnB Nord haben alle eine starke Präsenz auf dem baltischen Markt.

In einem Interview mit dem lettischen Rundfunk sagte der Präsident der schwedischen



Bankchef Liden

Swedbank Gruppe, Jan Liden, dass die schwierigen Zeiten in der lettischen Wirtschaft noch bevorstünden. Sie werde sich aber trotzdem in eine positive Richtung entwickeln. "Ich glaube, dass die grössten wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch vor uns stehen. Das betrifft sowohl die lettische Wirtschaft, die Bürger und die Firmen. Wir sind der Ansicht, dass unsere Kreditpolitik verantwortungsvoll war. Abgesehen davon, sehen wir ein, dass unsere Verluste steigen werden. Wir werden weiter mit unseren Kunden zusammenarbeiten", sagte Liden und lehnte jegliche Beschuldigungen ab, als wären die Banken alleine für die heutige wirtschaftliche Situation in Lettland verantwortlich. Er fügte hinzu, dass jeder seine Rolle in dieser Verantwortung spielt. „Abgesehen von allen Schwierigkeiten bin ich optimistisch. Nach einigen Jahren wird die gute Entwicklung wieder zurückkehren", sagte Liden. Er glaube auch nicht an die harte Landung der lettischen Wirtschaft. "Ich bin der Meinung, dass man die Situation kontrollieren kann. Wir dürfen nicht in die Phase der Ablehnung fallen. Die Probleme müssen so gesehen werden, wie sie sind und gegen sie muss gekämpft werden, sie müssen gelöst werden. Ich glaube, dass wir als eine Bank alle Voraussetzungen dazu besitzen, dies zusammen mit unseren Kunden zu tun. Die lettische Öffentlichkeit hat dieselben Chancen. Sie muss aber

eingestehen, dass Probleme existieren. In einer Situation wo die Probleme wirklich riesig sind kann man nicht sagen, dass es keine Probleme gibt", kommentierte Liden.

Die Jahresinflation in Lettland betrug per April 17%. Das Wirtschaftswachstum fiel auf 3.6%. Wegen der Verlangsamung des Wachstums sind auch die Einnahmen des Staatshaushaltes erheblich geringer als geplant.

Es sei erwähnt, dass die Swedbank auf dem baltischen Markt mindestens den gehabten Stand beibehalten möchte. Im Jahre 2007 verdiente die Swedbank alleine im Baltikum 459.59 Mio. EUR. Im Vergleich zu 2006 konnte sich die Bank somit über ein Wachstum von 46% freuen. Swedbank ist der Eigentümerin der in allen drei Ländern vertretenen Hansabank.

Lukoil Latvia will wachsen



Die drittgrösste Tankstellenkette in Lettland, die russische Lukoil Baltija R, plant noch in diesem Jahr 4 bis 5 Mio. Lats (5.7 bis 7.1 Mio. EUR) in die Expansion ihrer Tankstellen zu investieren, sagte der Firmenchef Haims Kogans. Kogans fügte hinzu, dass seine Firma drei neue Tankstellen bauen und einige weitere von den Konkurrenten übernehmen werde. Kogans weigerte sich allerdings, die genaue Lage und Namen der zu übernehmenden

Konkurrenten zu nennen.

Im vergangenen Jahr verkaufte Lukoil Baltija R 120,000 Tonnen Kraftstoffe, das sind 15 mehr als 2006. Im Finanzjahr 2007 generierte die Firma einen Reingewinn von 1.4 Mio. Lats. Laut Angaben des lettischen Handelsregisters hat die 1993 gegründete Lukoil Baltija R ein Aktienkapital von 1.829 Mio Lats. Ihr Eigentümer ist der russische in Holland registrierte Lukoil Europe Holdings B.V. GmbH Ableger.

Lettlands PrivatBank erhielt einen Kredit aus Deutschland



Die lettische "PrivatBank" unterzeichnete einen Vertrag mit der deutschen "Bayerische Landesbank" über die Vergabe eines Kredits von 5 Mio. Lats an das lettische Finanzinstitut. Der auf ein Jahr befristete Kredit hat einen Jahreszins von 0.85% und wird von der ukrainischen Mutterbank der „PrivatBank“ garantiert.

Im ersten Quartal 2008 verzeichnete die PrivatBank einen Verlust von 82,700 Lats (117,700 EUR). Die 1992 gegründete, ehemalige Paritate Banka, gehört zu den ältesten Kommerzbanken in Lettland und belegte per Ende April nach ihren Anlagen unter den 24 lettischen Kommerzbanken den 17. Platz. Hauptaktionär ist die ukrainische „PrivatBank“.

Mehrwertsteuererhöhung dementiert

Lettland plane nicht dem Beispiel Estlands zu folgen, die Mehrwertsteuer von bisher 18 auf 19% zu erhöhen. Das Ziel des Vorhabens sei die Lösung der durch die Verlangsamung des Wachstumstempos entstandenen Probleme. Die Pressesprecherin des Lettischen Finanzministeriums, Diana Berzina, sagte, dass das Ministerium keine Erhöhung der MWSt plane. Sie fügte hinzu, dass sowohl Lettland als auch Estland keine Erhöhung bräuchten. Es sei schwierig die Pläne Estlands in ihren Einzelheiten zu kommentieren. Der Wirtschaftsexperte der zweitgrössten lettischen Kommerzbank SEB Banka, Dainis Gasputis, sagte, dass die negativen und positiven Aspekte der Erhöhung einer Steuer im Kontext des gesamten Steuersystems gesehen werden müssen. "Lettland hat die Frage der MWSt-Erhöhung thematisiert. Diese Erhöhung würde die Inflation vorantreiben und den Konsum weiter bremsen. Die Staatseinnahmen werden kurzfristig steigen, sind aber für das Wirtschaftswachstum ein Hindernis, was wiederum zu Problemen mit Steuereinnahmen führen kann", sagte der Experte.

Die Internetseite des grössten estnischen Wirtschaftsblattes „Äripäev“ berichtete in der vergangenen Woche, dass Estlands Regierung die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 18 auf

19% überlege. Der Plan wurde bereits von der Assoziation der Arbeitgeber Estlands stark kritisiert. Inzwischen hat sich Estlands Premierminister, Andrus Ansip, zum Thema geäußert und gesagt, dass weder er noch seine Regierung etwas über solche Pläne gehört hätten. Die Mehrwertsteuer beträgt heute in allen baltischen Ländern 18%.

Litauischer Wirtschaftsminister optimistisch



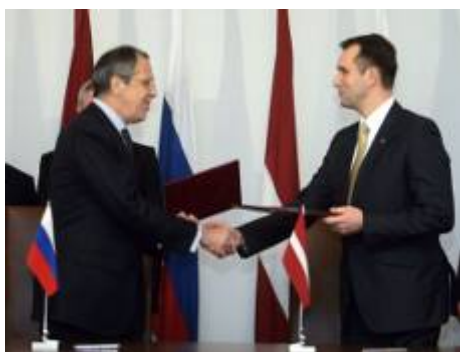
Wirtschaftsminister Navickas

Der litauische Wirtschaftsminister Vytas Navickas sagte am Donnerstag, dass die Wirtschaft heute in keiner Krise stecke. "Wir erleben heute keine Krise im litauischen Finanzsektor, in unserer Wirtschaft oder im Produktionsbereich", sagte Navickas. Die wirtschaftlichen Daten des ersten Quartals deuten auf keine existierenden oder drohenden Krisen. Im ersten Quartal betrug das BIP Wachstum in Litauen 7%, die Industrieproduktion ist im gleichen Zeitraum um 9% gestiegen. Die Exporte in die Länder mit Wachstumspotential stiegen um mehr als 10%, der Binnenmarkt im vergleichbaren

Tempo. Der liberale Parlamentarier Kestutis Glaveckas hatte behauptet, dass das Land vor einer Krise stünde. Die Landwirtschaft sei wegen der lange andauernden Trockenheit in Schwierigkeiten geraten, was eine Erhöhung der Lebensmittelpreise mit sich bringen könne.

POLITIK

Lettland und Russland bereiten ein hochrangiges Treffen vor



Der Lettische Außenminister Maris Riekstins und der Vizeausenminister Russlands, Vladimir Titov, haben ihre Bereitschaft geäußert, den auf Jahresende geplanten Staatsbesuch des lettischen Präsidenten Valdis Zatlers in Russland zu organisieren. Der Pressedienst des lettischen Außenministers versicherte, dass Riekstins die Einladung seines russischen Amtskollegen Sergei Lavrov, Russland zu besuchen, akzeptierte. Der Besuch kann möglicherweise im Herbst stattfinden. Riekstins und Titov waren sich auch darüber einig, dass

ein Treffen der Regierungskommission in der näheren Zukunft organisiert werden sollte. Zur Sprache kam auch die Gründung einer Demarkationskommission. Riekstins informierte Titov über die Zusammensetzung der lettischen Kommission und bat Russland darum, ihre Vertreter zu nominieren, so dass der Ausschuss seine Arbeit aufnehmen kann.

Während des Treffens wurden noch weitere aktuelle Themen angesprochen, wie. „die territoriale Integrität Georgiens“.

Umstrittenes Gesetz über Parteienfinanzierung in Litauen

Die litauischen Parlamentarier gelangten am Dienstag zu der Vereinbarung, dass Video- und Audiospots im Fernsehen und Rundfunk vor den im Oktober bevorstehenden Parlamentswahlen verboten sind. Die Werbung von politischen Parteien in den Medien wird durch die Zentrale Wahlkommission organisiert. Laut Änderungen des Gesetzes über die Finanzierung von politischen Parteien und politischen Kampagnen soll die Werbung der Parteien und ihrer Kandidaten künftig proportionell von ihrem letzten Wahlerfolg abhängen. Parteien mit mehr Stimmen erhalten längere Sendezeiten und umgekehrt. Petras Austrevicius von der Liberalen Bewegung äußerte seine Empörung über die Gesetzesänderung: "Liebe Kollegen, dieses Prinzip ist diskriminierend. Es gewährt keine gleichen Rechte, insbesondere für die neuen Parteien."

Valentinas Mazuronis von der Partei „Ordnung und Gerechtigkeit“ bezeichnete die Gesetzesänderung als "die Beerdigung der Demokratie" und sagte, dass die Zuverlässigkeit

der Zentralen Wahlkommission damit unter Gefahr gestellt wird. Die Kommission würde im Interesse der grössten, regierenden Parteien handeln.

Die Werbung der Parteien soll künftig aus der Staatskasse finanziert werden. Laut Kalkulationen würde die diesjährige Wahlkampagne 2 Mio. Litas (0.6 Mio. EUR) kosten. Die Wahlkommission hat in diesem Jahr insgesamt 27 Mio. Litas erhalten.

Sollte die Gesetzesänderung vom Präsidenten abgesegnet werden, gilt sie nicht nur für die am 12. Oktober bevorstehenden Parlamentswahlen sondern auch für alle anderen künftigen Wahlen.